

Das Unabhängiges Jugendzentrum in Celle

Ein kurzer Sommer der Anarchie im Jahr 1974

Als "Agit Rock Band Berlin" angekündigt, lieferte Ton-Steine-Scherben am 17. April 1972 das Rahmenprogramm einer Veranstaltung des Rings politischer Jugend in der Celler Union. Thema der Diskussion, zu der Ratsherren und Vertreter auswärtiger Jugendzentren eingeladen waren: "Ist in Celle ein Jugendzentrum möglich?"

Der Abend selbst ist nirgendwo dokumentiert, aber es gibt mindestens zwei Geschichten. Die eine hat sich ins Gedächtnis der Bandmitglieder eingegraben und wird von Nickel Pallat etwa so erzählt: Nach dem Konzert der typische Hunger; die - für Celler Verhältnisse - wild aussehende Gang streift durch die Altstadt, aber die Bürgersteige sind schon hochgeklappt. Der einzige offene Laden, den sie finden, ist der "Schweine-Schulze". Drinnen werden sie nicht nur abfällig angestarrt, sondern man verweigert auch jegliche Bedienung. Beim Rausgehen schnappt sich eins der Bandmitglieder ein auf dem Tresen stehendes Sparschwein. Als der Wirt ihnen deshalb hinterher rennt, lässt er es einfach auf der Straße zerschellen. Da glitzern sie dann, all die schönen kleinen Münzen im Schein der Straßenlaternen. Die letzte Erinnerung der Band an Celle ist, wie der Wirt und seine Gäste auf den Knien kriechend die Groschen einsammeln.

Die andere Geschichte verknüpft sich mit der Bandlegende. Im Anschluss an ein TSS-Konzert im Juli 1971 war ein vor dem Abriss stehendes Fabrikgebäude in Kreuzberg besetzt worden, aus dem man ein selbstverwaltetes Jugendzentrum machen wollte. Und 8. Dezember 1971 gab es nach einem Auftritt der Band die legendäre Besetzung des Bethanien-Krankenhauses am Mariannenplatz (Rauch-Haus-Lied). Auch nach dem Konzert in Celle soll sich eine größere Gruppe auf dem Schlossberg gesammelt und über eine sofortige Besetzung die Köpfe heiß geredet haben. Nur: Es bestand immerhin die Hoffnung, demnächst auch legal an ein Zentrum zu kommen ...

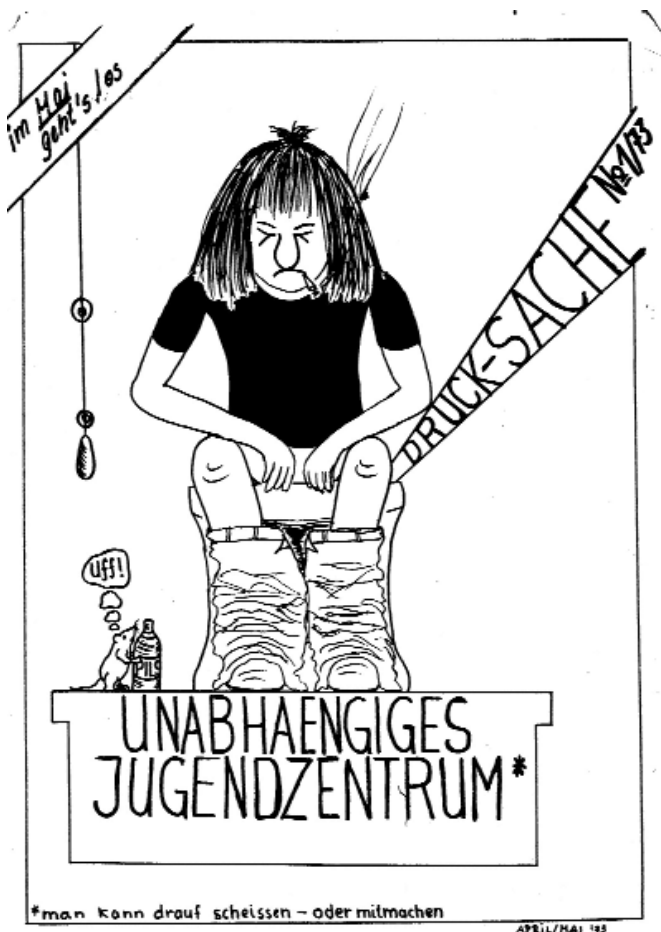
Denn im Dezember 1971 hatte sich ein Arbeitskreis unabhängiges Jugendzentrum (AKUJZ) gegründet, der erstmals im Januar 1972 mit einer Fragebogenaktion an die Öffentlichkeit trat: Welche Interessen haben Jugendliche in Celle und wie weit können sie diesen Interessen im üblichen Rahmen (Organisationen, Kneipen, Diskotheken, Kinos) nachgehen? Gefragt wurde auch, ob sie sich vorstellen könnten, in einem Unabhängigen Jugendzentrum mitzuarbeiten? Eine Auswertung ist leider nicht "aktenkundig". Aber es sind geänderte Bedürfnisse, die hier

nachgefragt werden. Jugend hatte sich verändert. Durch die egalitäre Bildungsoffensive der 1960er Jahre waren deutlich mehr Jugendliche eines Jahrgangs an den Gymnasien vertreten. Dadurch hatten sie einige Jahre mehr Zeit, denn bedingt auch durch Lehrer- und Raummangel standen die Stundenpläne weit zurück hinter heutigen Anforderungen. Die gewonnene Zeit ließ sich mit Sport und der obligatorischen Tanzstunde kaum füllen, auf der anderen Seite fehlte aber das Geld, um jeden Nachmittag in Flipperbuden und jedes Wochenende in Kneipe oder "Disco" zu verbringen. Es paarten sich also die Bedürfnisse nach Freizeit ohne Konsumzwang und Räumen ohne Kontrolle. Die Jugendzentrumsbewegung knüpfte hier an, und sie entwickelte sich gerade auch Städten mittlerer Größe, wo diese Art Freiraum selbst in Nischen kaum findbar war.

Nach der Veranstaltung mit den Scherben traf sich der AKUJZ einmal wöchentlich im Haus der Jugend, jenem Ort für die vereinsgebundene Jugendarbeit, die sich in Teilen überlebt hatte. Neben unorganisierten Jugendlichen waren auch Mitglieder von Jusos, SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) und dem BDP (Bund deutscher Pfadfinder) vertreten. Anfang Mai wandte sich die Initiative mit einer Resolution an den Rat der Stadt Celle, die auch als Flugblatt verteilt wurde (da die CZ sie nicht drucken wollte). Sie enthielt erste inhaltliche Vorschläge für ein UJZ und bat die Fraktionen um eine schriftliche Stellungnahme. Da zunächst einmal weder Verwaltung noch Ratsfraktionen reagierten, legte man nach: Am 25. Mai 1972 organisierten die Jugendlichen eine Demonstration, während der Flugblätter an Passanten verteilt wurden.

Der Druck schien schnell Wirkung zu erzielen. Ende





In der 24-seitigen UJZ-Zeitschrift "Drucksache" vom April/Mai 1973 wurde verkündet: "Der Mai und ein unabhängiges Jugendzentrum kommen" - es sollte noch zehn Monate dauern.

September fand ein erstes offizielles Gespräch zwischen Vertretern der Stadt, des Jugendwohlfahrtsausschusses und dem AKUJZ statt. Der AKUJZ stellte sein Konzept vor und bejahte die Eignung des von der Stadt angebotenen Objekt in der Magnusstraße 5. In den 1960er Jahren war das ehemalige Direktorenwohnhaus der Altstädter Schule vom DGB genutzt worden, im Jahr 1972 saß noch eine Abteilung des Standesamtes darin. Zum inhaltlichen Knackpunkt sollte sich die Forderung nach Selbstverwaltung entwickeln. Dies hatten die Jugendlichen knackig auf den Punkt gebracht: "Die Stadt stellt den Rahmen - das Bild malen wir!" Ein Haus sollte von der Stadt unterhalten werden, aber was im Zentrum passiert, wollte man in völliger Unabhängigkeit gestalten. Zur ersten Konzeption gehörte allerdings auch die Unterstützung durch einen seitens der Stadt einzustellenden Sozialpädagogen.

Die weiteren Verhandlungen verliefen dann äußerst zäh, so dass sich die Jugendlichen schnell - und wahrscheinlich zu recht - hingehalten fühlten. Insbesondere die Unverbindlichkeit der Gespräche war frustrierend. Am 10. Februar 1973 fand deshalb erneut eine Demonstration, diesmal mit knapp 100 TeilnehmerInnen statt. Immerhin konnte man bekannt geben, dass die Stadt inzwischen 80.000 DM für die Renovierung des Gebäudes zugesagt hatte. Die Cellesche Zeitung sah in einer Polemik gegen die undankbaren Jugendlichen des AKUJZ die "Einrichtung des

Jugendzentrums vor dem Abschluß". (CZ, 3.2.1973) Mehr als ein Jahr sollte es noch dauern.

Die Vertragsverhandlungen führten aber auch im AK selbst zu Konflikten. Denn bei einigen verding die unausgesprochene Drohung städtischerseits: Nehmt, was wir euch anbieten oder wie betreiben das Jugendzentrum ohne euch in eigener Regie! Andere beschrieben das städtische Vorgehen als Versuch, "uns Stück für Stück zu verschlucken, unsere Bewegung zu zerschlagen und sich soviel wie möglich Einfluss im Haus zu sichern." Der Verhandlungskommission wurde vorgeworfen, der Stadt nach der Schnauze zu reden: "Die Interessen der Stadt sind nicht die unseren!" Unter den sechs Unterzeichnern des Kritikpapiers findet sich übrigens auch ein heutiger SPD-Stadtrat.

Ein interessantes Bild über die Zusammensetzung des AKUJZ bieten zwei erhalten gebliebene Anwesenheitslisten vom 4.6.1973 und vom 28.2.1974, in denen Alter und Beruf eingetragen sind. SchülerInnen und Auszubildende stellen etwa die Hälfte der Aktiven, ein gutes Drittel gibt Facharbeiter- oder Angestelltenberufe an. Ein gutes Viertel ist unter 18 Jahre alt, aber sogar rund 40 % über 20 Jahre alt. Die Altersspanne liegt insgesamt zwischen 15 und 25 Jahren. Nur ein gutes Viertel sind Frauen. Diese sozialstrukturellen Daten sind auf beiden Listen sehr ähnlich; erstaunlich ist allerdings, dass nur sieben der Anwesenden von Juni 1973 auch auf der Liste vom Februar 1974 auftauchen. Vielleicht wird gerade darin aber ein Problem deutlich: Es gibt eine hohe Fluktuation, bedingt auch durch die zähe Zeit des Wartens.

Um rechtlich zu einem Vertragspartner der Stadt werden zu können, wurde am 4. Mai 1973 die Gründung eines Vereins beschlossen. Das Haus wurde renoviert. Nach Auffassung des Städtischen Jugendpflegers Bernd Nitsche war das Haus im Oktober "praktisch fertig". Der Rechtsanwalt des AKUJZ hatte die Vereinseintragung verschlampt und die Stadt wurde bei ihrer Suche nach einem geeigneten Sozialpädagogen nicht fündig. Aber Nitsche versprach: "Anfang nächsten Jahres sollte das Haus dann wirklich eröffnet sein." (CZ, 27.10.1973)

Aber erst im Februar 1974 gelang es, die Verhandlungen zum Abschluss zu bringen. Am 14. Februar 1974 konnten Vertreter des AKUJZ ihre Vorstellungen abschließend im Jugendwohlfahrtsausschuss erläutern. Und schon in der darauffolgenden Ratssitzung am 21. Februar wurde der "Überlassungsvertrag" einstimmig verabschiedet. In § 3 sicherte sich die Stadt ein Kontrollrecht: "Die Mitglieder des Rates und die zuständigen Vertreter der Verwaltung haben jederzeit das Recht, die Räumlichkeiten zu betreten und über alle Vorgänge des Hauses informiert zu werden." Selbstverständlich war das nicht die Vorstellung der Jugendlichen von einem uneingeschränkten Hausrecht. Und auch die vom AK angestrebte fünfjährige Vertragslaufzeit ließ sich nicht durchsetzen. Zu jedem 1.10, aber erstmals nach 20 Monaten am 1.10.1975 behielt sich die Stadt ein Kündigungsrecht vor. Ansonsten erwies man sich im Rathaus als großzügig: "Die Ersteinrichtung wird vorgenommen nach Vorstellungen des Vereins. Die Kosten dafür trägt die Stadt [...] Für die laufende Unterhaltung des Hauses gewährt die Stadt einen vierteljähr-

lich fälligen Zuschuß, dessen Höhe vom Rat festzulegen ist. Zur laufenden Unterhaltung gehören insbesondere die Beschaffung von Betriebsmitteln, Materialien und die Finanzierung von Veranstaltungen". Der Zuschuss betrug vierteljährlich wurden 5000 Mark. Zweimal wöchentlich stellte die Stadt zudem für je drei Stunden Reinigungskräfte ab.

Am 9. März 1974 wurde das UJZ in der Magnusstraße 5 endlich eröffnet: "Seit letzten Sonnabend haben auch die Jugendlichen, die nicht in Vereinen organisiert sind, eine Begegnungsstätte in Celle. Das Unabhängige Jugendzentrum konnte nämlich seiner Bestimmung übergeben werden. Eine erhebliche Zahl von Jugendlichen hatte sich um zwölf Uhr vor Karstadt versammelt, um von dort aus gemeinsam über den Großen Plan und die Westcellertorstraße in das neue Haus an der Magnusstraße einzuziehen. Bald war kaum noch ein freies Plätzchen in den Räumen des Hauses zu finden. Immer mehr Teenager kamen, um sich die neue Einrichtung anzusehen. Man merkte den Anwesenden an, daß sie froh darüber waren, jetzt auch in Celle eine derartige Aufenthaltsmöglichkeit für ihre Freizeit zu haben. [...] Die Einrichtungsgegenstände sind weitgehend von den Jugendlichen selbst beschafft worden. Alte Sessel, Sofas, Tische und Stühle wurden aus allen Ecken und Enden herangeschleppt. Auch eine Bibliothek befindet sich im Aufbau. Getränke werden zu Preisen angeboten, die mit gutem Gewissen als zivil bezeichnet werden können: Cola 30 Pfennig, Tee 20 Pfennig, große Flasche Bier 65 Pfennig. Die Teeküche und der Getränkeverkauf werden von Vereinsmitgliedern betreut, die sich abwechseln. Übrigens liegen die endgültigen Öffnungszeiten der Jugendbegegnungsstätte noch nicht fest; vermutlich wird der Betrieb ungefähr von 12 Uhr mittags bis etwa Mitternacht gehen." (CZ, 11.3.1974)

Der Stress kam schneller als gedacht - und leider nicht von außen. Der Laden war bereits nachmittags voll, dies aber eben auch weil etliche das Zentrum als billige Kneipe ansahen. Bereits nach vier Öffnungstage musste beschlossen werden, Bier nur noch ab 20 Uhr zu verkaufen. Trotzdem sah das Haus eine weitere Woche später aus, wie man sich eine antiautoritären Kinderladen vorstellt. Kaum eine Wand, die nicht mit Sprüchen und Bildchen verziert wurde, Möbel gingen zu Bruch, das gespendete Klavier war völlig außer Gefecht gesetzt. Zwei Einbrüche folgten, die den Zigarettenautomaten zum Ziel hatten. Ein Jugendlicher war nachts eingestiegen, weil er keine Bleibe hatte. Das wäre sicherlich alles kein richtiges Drama gewesen, aber die das Zentrum tragenden Jugendlichen hatten eine andere, eher geordnete Vorstellung vom Lauf der Dinge. Ein Vorstandsmitglied kommentierte den in wenigen Tagen angerichteten Scherbenhaufen mit den Worten: "Es geht nicht an, daß viele Jugendliche denken, sie hätten hier einen Freiraum, in dem sie tun und lassen können, was sie wollen!" (CZ, 19.3.1974)

Es ist heute schwer nachzuvollziehen, wie und ob es zu dieser Situation kommen musste. Aber nirgendwo sonst gab es einen Raum, in dem man seine Phantasien so unkontrolliert freien Lauf lassen konnte. Das galt für die jüngeren BesucherInnen genauso wie für proletarische Jugendliche, die das Zentrum in unerwarteter Zahl frequentierten. Die politisierten Aktivisten der Bewegungsphase sahen sich in die Rollen von Krisenmanagern und Putzkräften gedrängt. Sie hatten es geschafft, dass die Stadt den Rahmen stellt. Doch die BesucherInnen malten ein ganz anderes Bild als erwartet. Sie wollten "abhängen", einfach andere Leute treffen oder ein Programm vorgesetzt bekommen, aber nur wenige nutzten den gebotenen Raum für eigene Projekte. Die Jusos hatten dies ganz zu Beginn der Bewegung als die Alternative "Bier, Beat und Ballaballa" denunziert.

Tatsächlich schloss das Zentrum bereits erstmals in der zweiten Aprilhälfte, um den Laden wieder halbwegs zu renovieren und Überlegungen zu konzeptionellen Veränderungen anzustellen. Insbesondere stellte man sich vor, die Gruppenarbeit mit Projekten wie Fotolabor, Druckerei, Werkstatt und ähnlichem in Gang zu setzen. Und es gab den Beschluss, dass künftig kein Bier mehr verkauft werden sollte. Zudem wurden am 1.6. und am 1.7.1974 ein Sozialarbeiter und eine Sozialarbeiterin hauptamtlich UJZ eingestellt.

Für letzteres hatte der Rat in seiner Sitzung am 26. Juni 1974 mit dem Verein eine "Zusatzvereinbarung" getroffen. Die im Einvernehmen angestellten Fachkräfte sollten dem UJZ "im Wege der Arbeitsleihe" zur Verfügung gestellt werden. Sie gehörten - laut Vereinbarung - mit dem Vereinsvorstand und weiteren gewählten UJZ-Vertretern einem "Leitungsteam" an, das "Ziele, pädagogische Inhalte und Schwerpunkte" erarbeiten sollte.

Aber auch die Arbeit der beiden Sozialarbeiter gestaltete sich schwierig, da sie aufgrund des Konzepts kaum einbringen konnten. Deswegen kündigte die Sozialarbeiterin nach zwei Monaten. Die Kerncrew des UJZ wurde nicht größer, sondern schrumpfte, was die Überforderung verstärkte und zu Konflikten untereinander führte. Langsam schlich sich Resignation ein. In den sieben Monaten des Betriebs wechselte dreimal der Vereinsvorstand.

Im Oktober geriet das Haus erneut öffentlich unter Beschuss. In einem CZ-Leserbrief bezeichnete Hermann Wagner es als "Schandfleck der Stadt" und setzte sich für die schnellstmögliche Schließung ein: "Ohrenbetäubender Lärm - die modernen Jugendlichen nennen es wohl heutzutage Musik - dröhnt aus der Tür, davor findet sich ein halbausgezogenes Paar und eine Gruppe von jungen Männern, ja teilweise noch Kindern, eingehüllt in dichten Zigarettenqualm." (CZ, 10.10.1974) Er sprach damit sicher für viele BürgerInnen aus dem eher konservativen Spektrum. Auch die Stadt legte sich

Für die Phase nach der Eröffnung des UJZ ist die Quellenlage äußerst dünn. Wer von den Beteiligten noch über Fotos, Flugblätter, Protokolle verfügt, soll sich bitte an das Archiv für neue soziale Bewegungen wenden: buha-archiv@t-online.de; dies gilt auch für Leute, die bereit sind, vor einem Mikrofon ihre Erinnerungen preiszugeben.

quer. Die Mittelvergabe für den Ausbau eines neuen Gruppenraumes wurde vom Verwaltungsausschuss des Stadtrates blockiert. Eine Sozialarbeiterin hatte gekündigt, der Vertrag des anderen Sozialarbeiters lief Ende November aus. Von Gewicht war der Vorwurf der "Linkslastigkeit": "Wenn in der Hauptsache kommunistische Zeitungen und Flugblätter verteilt werden, wenn die Plakate an den Wänden fast regelmäßig 'links' sind, dann ist die Unabhängigkeit nicht mehr gewahrt", zitierte die Cellesche Zeitung eine unbekannte Quelle. Und sie versuchte, die Jugendlichen gegeneinander auszuspielen: "Die Besucher dieses Hauses müssen sich darüber klar werden, daß sie mit der Öffentlichkeit leben müssen. Nicht die Öffentlichkeit hat sich an die Spielregeln des UJZ zu richten, sondern genau anders herum wird ein Schuh daraus." Und an den neu gewählten Vereinsvorstand und "die Vernünftigen im UJZ" erging die Aufforderung: "Wenn weiter vermieden wird, daß Gruppen, egal welcher politischen Richtung, das absolute Übergewicht bekommen, gewinnt das UJZ an Glaubwürdigkeit. Wie gesagt, der Elan der ersten Stunde ist futsch. Es ist nun einmal leichter, für ein Jugendzentrum zu demonstrieren, als kontinuierlich in ihm zu arbeiten." (CZ, 19.10.1974)

Im "Celler Markt", einem monatlich erscheinenden Anzeigenblatt aus dem Hause Pfingsten, erschien Anfang November ein eher positiver Artikel, der einige der Anschuldigungen dementierte, aber gleichwohl die Frage

stellte: "Gibt es noch eine Zukunft für das Unabhängige Jugendzentrum, oder setzen sich diejenigen durch, die ein Schließung fordern?" (Celler Markt, 11/2008) Und auch der Sozialarbeiter Peter Thiede wandte sich in einem Leserbrief an die Öffentlichkeit. Er verteidigte "gammeln" als "normales Kompensativ zur oft permanenten pädagogischen Steuerung", verwies auf "positive Ansätze" durch mehr Strukturierung und meinte, "daß auch die Jugendlichen, die nicht in Verbänden organisiert sind, einen Freiraum benötigen. Das Jugendzentrum in der Magnusstraße hat also seine Existenzberechtigung." (CZ, 2.11.1974)

Die Stadt sah dies nach nur einem guten halben Jahr anders: Am 12. November 1974 wurde das Zentrum geschlossen: "aus hygienischen und personellen Gründen". Es solle versucht werden, hauptamtliche Kräfte zu gewinnen, um mit einem neuen Konzept die Arbeit wieder aufzunehmen. (CZ, 14.11.1974)

Das Projekt UJZ war gescheitert. Bitter war am Ende, dass es nicht einmal mehr etwas gab, was gegenüber den Ansprüchen der Stadt verteidigungswert schien. Den Proteste gegen die Schließung gab es nicht. Ein knappes Jahr später wurde das Haus unter städtischer Regie und dem Namen "Magnushütte" wieder eröffnet - mit Sozialarbeiter und Hausmeister.

LOKALES – PROVINZIELLES – MELDUNGEN

Neuer Ärger bei Miete?

Angesichts eines fehlenden Mietspiegels wird im Landkreis Celle die Angemessenheit der Wohnkosten in Anlehnung an die Wohngeldtabelle geregelt. Nach langwierigen Prozessen gelten aktuell die Werte der rechten Spalte der Wohngeldtabelle (+ 10 Prozent). Ab dem 1.1.2009 gibt es aber bundesweit eine neue Wohngeldtabelle. Die Bundesregierung hatte angesichts der gestiegenen Kosten öffentlich eine erhebliche Erhöhung angekündigt. Doch für Celle droht das genaue Gegenteil. In der sogenannten Wohngeld-Stufe, also der Einordnung der Städte und Gemeinden in bestimmte Kategorien, sind die Stadt Celle, Bergen und Winsen heruntergestuft; einzig für Hambühren gilt künftig ein höherer Wert auf gleicher Stufe mit der Stadt Celle. Bei den restlichen Landkreisgemeinden würde sich nichts verändern. - Noch ist unklar, ob die neue Wohngeldtabelle auch im Rahmen des SGB II Anwendung finden wird. Wenn ja, droht in der Stadt Celle eine Absenkung um 27,50 bei einem Ein-Personen-Haushalt bis zu 49,50

Euro bei einem 5-Personen-Haushalt; in Bergen und Winsen von 16,00 bis 28,50 Euro.

Um keine Panik zu erzeugen: Für die aktuelle Situation besteht ein Bestandschutz. Also niemand, der aktuell an der Obergrenze der Angemessenheit liegt, wird weniger bekommen. Aber der Landkreis Celle lehnt schon seit November Zusagen für Wohnungen ab, die über dem neuen Satz liegen. Rechtskonform ist dies nach Auffassung der Celler Erwerbslosenini nicht.

Ein Problem dürfte künftig also vor allem bei Wohnungsumzügen auftreten, wenn die neue Wohngeldtabelle tatsächlich als Mietspiegellersatz durchgesetzt wird. Allerdings ist die veränderte Einstufung durch die Bundesregierung überhaupt nicht nachzuvollziehen. Und es ist auch fraglich, ob die damit einhergehende Behauptung, die Mieten in Celle, Bergen und Winsen seien billiger geworden, vor Gericht standhält. Es ist in jedem Fall enttäuschend, dass sich das politische Versprechen einer Wohngelderhöhung für die Hälfte der Einwohner des Landkreises Celle ins

Gegenteil verkehren soll.

Der Landkreis hat parallel im übrigen die Hamburger Firma "Analyse & Konzepte GmbH" eingeschaltet, um zu einem Wohnungsmarktgutachten zu kommen. Eine Umfrage bei Vermietern soll zu einer "Zufallsstichprobe" führen, die dann "belastbare", d.h. von Sozialgerichten akzeptierte Erkenntnisse über das Mietpreisniveau bringen soll. Das Gutachten soll voraussichtlich im Februar 2009 vorliegen.

Bürgerschaftliches Engagement

Über 50 Prozent der Einwohner im Landkreis Celle engagieren sich laut einer Studie der Prognos AG ehrenamtlich. Das gibt's ähnlich nur in weiteren 61 von insgesamt 439 anderen Landkreisen und kreisfreien Städten. Im bundesweiten Durchschnitt sind es 34 Prozent. Die Cellesche Zeitung befand zwar "Celle ist in Deutschlands Spitze", befragte aber gleichzeitig den Kölner Politikwissenschaftler Christoph